

Saekel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Eine langfristige Wachstumsstrategie für die Bundesrepublik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Saekel, Rüdiger (1977) : Eine langfristige Wachstumsstrategie für die Bundesrepublik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 77-81

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135041>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine langfristige Wachstumsstrategie für die Bundesrepublik

Rüdiger Saekel, Bonn

Nach knapp sechsjähriger Arbeit übergab am 10. Januar 1977 die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ihr Gutachten¹⁾ an Bundesarbeitsminister Ehrenberg. Aus der Fülle der Kommissions-themen werden im folgenden die Vorschläge zur Wachstums- und Strukturpolitik diskutiert.

Aufgabe der Kommission — die 1971 von der Bundesregierung als unabhängiges Gremium ins Leben gerufen wurde — war es, aufzuzeigen, „welche wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten bestehen, um im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung den technischen und sozialen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern und im Interesse der Bevölkerung zu gestalten“ — eine Intention, die der bereits 1960 geäußerten Forderung A. Müller-Armacks nach einer „2. Phase der Sozialen Marktwirtschaft“, d. h. ihrem Ausbau zu einer umfassenden Gesellschaftspolitik, sehr nahekommt. Folgerichtig versucht die Kommission — erstmalig für die Bundesrepublik Deutschland²⁾ —, eine vorausschauende Gesamtanalyse der gesellschaftlichen Entwicklung mit dem Zeithorizont 1985 zu geben, d. h. vielerlei zukunftsbedeutsame Entwicklungen und Politikbereiche im Zusammenhang darzustellen. Die mehrheitliche Zusammensetzung der Kommission mit Vertretern der Sozialpartner (fünf Arbeitnehmer-, fünf Arbeitgebervertreter, sieben Wissen-

schaftler) unterstreicht, daß die Kommission auch einen gesellschaftspolitischen Auftrag hatte. Er bestand darin, zu erproben, wieweit die Tarifpartner, unterstützt durch Wissenschaftler, imstande sind, gemeinsame Problemlösungen für die Zukunft zu erarbeiten oder aufzuzeigen, wo sich unüberwindliche Dissense auftun. Aus der Fülle der Kommissionsthemen werden im folgenden die Vorschläge zur Wachstums- und Strukturpolitik diskutiert.

Situationsanalyse

Ursprünglich standen die wachstumspolitischen Überlegungen der Kommission stark im Zeichen der Debatte um das qualitative Wachstum und die Möglichkeiten zu seiner Realisierung. Mit der sich abzeichnenden Investitionsschwäche und dem Beginn der Rezession Ende 1974, die nach Meinung der Kommission überwiegend binnenländische Ursachen hatte (und lediglich durch weltwirtschaftliche Einflüsse verstärkt wurde), trat zu dem qualitativen Aspekt auch das Problem, wie der sich abzeichnende binnenländisch und außenwirtschaftlich bedingte Strukturwandel sowie die zu befürchtende strukturelle Arbeitslosigkeit bis 1985 überwunden werden könnten.

Bedingt durch den Rückgang der realen Investitionen seit 1971 (durchschnittliche jährliche Veränderungsrate der realen Bruttoanlageinvestitionen 1970/75: - 1 % gegenüber 1960/70: + 5,6 %) und eine damit einhergehende Veralterung des Kapitalstocks sowie eine nach wie vor sinkende Kapitalproduktivität sind die globalen Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft — unter Status-quo-Bedingungen — nicht günstig. Die Kommission rechnet bis 1985 mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum des Produktionspotentials von 3 %, was einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von ca. 3,5 % entspräche. Nicht ganz eindeutig erklärt sie diese Produktionspotentialentwicklung für „nötig und möglich“.

¹⁾ Vgl. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1977.

²⁾ Bisher sind drei ähnliche Versuche in der Welt (USA, CSSR, Japan) vorgenommen worden. Siehe hierzu: National Commission on Technology, Automation and Economic Progress: Technology and the American Economy, Washington, Febr. 1966; und R. Richter und Kollektiv: Technischer Fortschritt und die industrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. 1972; sowie: Report of the Industrial Structure Council: Japan's Industrial Structure, A Long Range Vision, Japan External Trade Organisation, 1975.

Rüdiger Saekel, 36, Dipl.-Volkswirt, ist seit Januar 1977 Hilfsreferent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Zuvor beschäftigte er sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel mit den Arbeitsgebieten Wachstumspolitik, regionale und sektorale Strukturpolitik sowie Raumordnung.

Unklar bleibt, wieso die Kommission diese Rate für ausreichend hält, obwohl mit ihr bei einer von der Kommission selbst erwarteten langfristigen durchschnittlichen jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von ca. 3,5 % kein Abbau der hohen Arbeitslosigkeit möglich wäre. Fiele die Entwicklung der Arbeitsproduktivität höher aus als 3,5 % – wofür die Tatsache sprechen könnte, daß die Unternehmen in Zukunft primär Rationalisierungs- und nicht Erweiterungsinvestitionen vornehmen wollen³⁾ –, so wäre sogar mit weiterer Vernichtung von Arbeitsplätzen zu rechnen. Bereits zwischen 1973 und 1976 sind 800 000 Arbeitsplätze verlorengegangen⁴⁾ und 1977 werden es noch einmal 300 000 Arbeitsplätze sein⁵⁾. Keineswegs darf der in der Öffentlichkeit häufig gemachte Fehler begangen werden, von den hohen Wachstumsraten der Jahre 1976/77 und möglicherweise auch noch 1978 auf eine Bereinigung der Wachstumskrise zu schließen, denn spätestens 1979 wird – bliebe der gegenwärtige Zyklus erhalten – die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts auf 1–2 % sinken, weil dann das Hineinwachsen in nicht voll ausgelastete Kapazitäten ein Ende haben wird. Selbst wenn das zum Abbau der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich nicht ausreichende Wachstum des Produktionspotentials von 3 % bis 1985 realisiert werden soll, bedarf es – nach Meinung der Kommission – einer drastischen längerfristigen Steigerung der realen Investitionsrate auf jährlich +8 % in der gewerblichen Wirtschaft und 6 % in der Gesamtwirtschaft (zum Vergleich: die reale Investitionssteigerung in der verarbeitenden Industrie betrug 1976 +1 %).

Strukturprobleme

Sicher scheint, daß die Kommission mit ihrer Wachstumszielsetzung nicht konsequent genug ist und zu sehr im Status quo verharrt, anstatt zu fragen, welche Wachstumsrate nötig wäre, um die konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit voll zu beseitigen. Denn es geht nicht nur darum, die laufende Verringerung der Arbeitsplätze zu stoppen und knapp 1 Mill. Arbeitslose in den Arbeitsprozeß wieder einzugliedern, sondern es müssen zusätzlich 1 Mill. Arbeitsplätze für neu ins Erwerbsleben Tretende geschaffen werden.

Aufgrund der verminderten globalen Wachstumsaussichten wird sich der notwendige und teilweise erwünschte Strukturwandel viel schwerer als in den 50er und 60er Jahren verwirklichen lassen:

³⁾ Vgl. Ifo-Institut: Investitionsmotive in der Industrie verschoben sich, Ifo-Schnelldienst, 33, 1976, S. 3 ff.

⁴⁾ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1976/77, BT-Drucksache 7/5902, Ziff. 95.

⁵⁾ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs bei ungelöstem Beschäftigungsproblem, DIW-Wochenbericht 3–4, 1977, S. 28.

- weiterer Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze um ca. 700 000 bis 1985;
- Rückgang der Arbeitsplätze im sekundären Bereich, vor allem im verarbeitenden Gewerbe;
- weiterer, aber verlangsamter Anstieg der Arbeitsplätze im tertiären Sektor;
- Modernisierung der westdeutschen Volkswirtschaft (schrumpfenden und stagnierenden Branchen stehen immer weniger Wachstumsbranchen gegenüber);
- Sättigungserscheinungen auf verschiedenen Gütermärkten (Pkw-Industrie, Bau);
- Änderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung mit dadurch bedingtem verstärkten außenwirtschaftlichen Strukturwandel, der vornehmlich arbeitsintensive Verbrauchsgüterindustrien und Massengüterfertigung mit ausgereifter Technologie treffen wird;
- Verbesserung unserer Umweltbedingungen;
- Sanierung unserer Städte;
- Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Teilträumen der Bundesrepublik Deutschland.

Positiv zu bewerten ist, daß die Überlegungen für eine langfristige Wachstumsstrategie auf einer ungeschminkten, nüchternen Situations- und Vergangenheitsanalyse aufbauen. Trotz aller Widrigkeiten hält es die Kommission nicht für aussichtslos, die wenig ermutigenden Zukunftsperspektiven vermeiden zu können, da zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland ein Basiskonsens über die mittel- und langfristigen anzustrebenden Ziele besteht. Inwieweit dieser Basiskonsens, von dem das Gutachten in weiten Bereichen Zeugnis ablegt, wirklich trägt, muß abgewartet werden. Skeptisch stimmen die vielen Minderheitsvoten der Sozialpartner gerade im wirtschaftspolitischen Teil des Gutachtens und die Tatsache, daß häufig schwere Meinungsverschiedenheiten über den zur Heilung erforderlichen Weg zwischen den Tarifpartnern entstanden, so daß die Kommission über Meinungsverschiedenheiten über strukturpolitische Notwendigkeiten beinahe auseinandergebrochen wäre.

Gestaltete Expansion bei Vollbeschäftigung

Da eine Stagnation oder ein Schrumpfen des Sozialprodukts in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem und bei gegebenen Verhaltensweisen von Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen Kosten verursachen würde, die auf Dauer nicht tragbar scheinen (Arbeitslosigkeit, Gefährdung sozialer Sicherheit) und qualitative Verbesserungen der Lebensbedingungen einer wirtschaftlichen Basis bedürfen, votiert die Kommis-

sion für ein möglichst kräftiges dauerhaftes Wachstum. In langfristiger Perspektive sieht sie hierin auch die einzige Möglichkeit, in einem marktwirtschaftlichen System wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Um die mit undifferenziertem, rein quantitativem Wachstum einhergehenden Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, tritt sie für einen qualitativ gestalteten Expansionspfad ein. Dies bedingt vermehrte staatliche Rahmenbedingungen in vielerlei Hinsicht, was nicht mit Dirigismus verwechselt werden darf, und eine verbesserte Kooperation zwischen Privatwirtschaft und staatlichen Aktivitäten.

Den Gedanken eines qualitativen Wachstums konkretisiert die Kommission in folgender Weise:

- Förderung energie- und rohstoffsparender sowie umweltfreundlicher Produkte und Technologien und Entwicklung von Verfahren zur Wiedergewinnung knapper Ressourcen;
- Humanisierung der Arbeitsbedingungen bezüglich Technik und Organisation der Arbeitsplätze;
- Entwicklung und Bereitstellung ausreichender und bedarfsgerechter Dienstleistungen und Infrastrukturen;
- Schaffung zukunftssicherer Produktionsstrukturen durch Förderung von hochentwickelten Technologien und ausbildungsintensiven Arbeitsplätzen;
- Schaffung ökonomisch und ökologisch ausgeglichener Regionalstrukturen;
- Erhöhung der Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen;
- Verwirklichung einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung.

Nur wenn die Wirtschaftspolitik ihre bislang fast ausschließlich kurzfristige Orientierung ändert und ihr Handeln mittelfristig verstetigt sowie auch die

strukturgestaltenden und konfliktreicheren längerfristigen Aufgaben anpackt, wird ihr nach Meinung der Kommission Erfolg beschieden sein.

Zur Erreichung der oben beschriebenen Ziele empfiehlt die Kommission eine

- langfristige Investitionsförderungs politik,
- aktive Rolle des Staatssektors,
- Aufwertung der sektoralen Strukturpolitik und
- ergänzende arbeitsmarktpolitische Strategien.

Langfristige Investitionsförderungs politik

Um die Strategie „gestalteter Expansion bei Vollbeschäftigung“ realisieren zu können, bedarf es nach Ansicht der Kommission globaler und sektoral differenzierter Maßnahmen.

Vordringlich ist zunächst, die westdeutsche Investitionsquote wieder auf das Niveau der 60er Jahre zu bringen. Dabei fällt den privaten Investitionen die zentrale Rolle zu, da sie das „Vehikel des technischen Fortschritts“ sind und als solches Voraussetzung für eine Erhöhung des Kapitalstocks und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Deshalb ist es nötig, daß die privaten Investitionen mittelfristig überproportional zum Sozialprodukt steigen.

Da in der Öffentlichkeit eine langfristige Förderung privater Investitionen leicht als Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer mißverstanden wird, weist die Kommission mit Nachdruck darauf hin, daß es ein großer Unterschied ist, ob Einkommen für investive oder konsumtive Zwecke verwendet wird. Das Ärgernis der Verteilungsungerechtigkeit resultiert maßgeblich aus den unterschiedlichen Konsummöglichkeiten. Hier Änderungen zu schaffen, ist richtig. Da jedoch Investitionen erst den Konsum von morgen ermöglichen und bessere Arbeits- und Umweltbedingungen bedeuten (können), ist es falsch, wenn die

WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis
DM 60,-

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Umverteilungspolitik die Investitionsbereitschaft der Investoren negativ berührt. Eine klare Trennung der Ausgaben für Konsum und Investition sollte deshalb geeignet sein, den Verteilungskampf zu entschärfen.

Als Konsequenz hieraus votiert die Kommission dafür, Konsum- und Investitionsausgaben unterschiedlich zu besteuern. Leider sagt sie wenig darüber, wie dies geschehen könnte. Zwar wurde das (bewährte) schwedische Investitionsfondssystem diskutiert⁶⁾, aber die Kommission konnte sich nicht zu einer konkreten Empfehlung dieses Instruments durchringen. Statt dessen befürwortet sie eine dauerhafte Subventionierung der Preise der Investitionsgüter (z. B. durch Komplementärinvestitionen der öffentlichen Hand) und eine Zinssubventionierung von Investitionen. Damit hofft sie die Preisrelationen zwischen Konsum- und Investitionsgütern zugunsten letzterer verbessern zu können.

Zwar verweist die Kommission auf die Notwendigkeit einer Ergänzung dieser Investitionspolitik durch eine erfolversprechende Vermögensbildungspolitik. Wie diese jedoch ausgestaltet sein soll, bleibt offen. Damit weist diese Strategie eine entscheidende Lücke auf, die ihre Durchsetzung sehr erschweren könnte.

Aufgabe des Staatssektors

Eine wichtige Rolle fällt auch dem Staat als Anbieter von Gütern und Dienstleistungen sowie als größtem Arbeitgeber des tertiären Bereichs zu. Die Kommission warnt davor, zur Bekämpfung der gegenwärtigen Wachstums-, Beschäftigungs- und Finanzkrise vornehmlich solche Maßnahmen (Kürzung der Forschungsmittel, Verminderung öffentlicher Investitionen) einzusetzen, die sich langfristig hemmend für ein weiteres Wirtschaftswachstum auswirken werden. In Rezessionszeiten ist es besonders wichtig, mit Investitionen in bisher vernachlässigten Bereichen (Umweltschutz, Städtebau, Verkehr) die Konjunktur zu stützen und damit gleichzeitig die Lebensbedingungen der Bürger zu bessern. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, daß sich die Bundesregierung endlich entschließt, ein mittelfristiges öffentliches Investitionsprogramm im Umfang von 10 Mrd. DM aufzulegen. Auch darf sich der Staat als größter Arbeitgeber im Tertiärbereich nicht langfristig dem Trend zur Dienstleistungsgesellschaft verschließen, wenn er nicht die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen will.

Seit 1971 steigt der Anteil der laufenden Ausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt und der Anteil investiver Ausgaben sinkt entsprechend. Diese Entwicklung ist zu stoppen. Staatliche Einkommens- und Vermögensübertragungen sollen in Zukunft langsamer, öffentliche Investitionen dagegen schneller wachsen.

Bezüglich Entwicklung und Aussagefähigkeit der Staatsausgabenquote empfiehlt die Kommission – nach Konsolidierung der öffentlichen Haushalte –, daß die reale Staatsquote mittelfristig konstant bleiben soll. Wegen der ungünstigeren Preisstruktur im öffentlichen Sektor setzt dies eine steigende nominale Staatsausgabenquote voraus. Diese läßt sich ohne Gefährdung des Wachstumsziels nur bei entsprechender Umstrukturierung der Verwendung des Sozialprodukts zu Lasten der Steigerungsraten des privaten Konsums realisieren. Der private Konsum sollte zukünftig nur noch unterproportional zur Sozialproduktentwicklung steigen. Zur inflationsfreien Finanzierung dieser Umstrukturierung schlägt die Kommission (nach erfolgter Normalisierung des Wirtschaftsablaufs) eine Steuerfinanzierung vor.

Aufwertung der Strukturpolitik

Die bisher skizzierte Wachstumsstrategie muß durch eine „aktive sektorale Strukturpolitik“ ergänzt werden, um den Strukturwandel in geordneten und sozial vertretbaren Bahnen ablaufen zu lassen. Dazu ist es nötig, den Stellenwert der Strukturpolitik zu erhöhen und sie zur dritten Säule der Wirtschaftspolitik neben Ordnungs- und Ablaufpolitik werden zu lassen. Das bisher nur reaktive, fallweise und unkoordinierte Eingreifen der Strukturpolitik, der bisher nur lediglich subsidiärer Charakter zukam, muß zugunsten einer Politik, die vorausschauend auf die Vermeidung absehbarer Fehlentwicklungen und die Gestaltung künftiger Wirtschaftsstrukturen gerichtet ist, geändert werden.

Die Ausführungen der Kommission zur bisherigen Praxis der Strukturpolitik machen deutlich, daß sie – entgegen offiziellen Zielen und Beteuerungen – überwiegend der Erhaltung vorhandener Wirtschaftsstrukturen dient und daß protektionistische Auffassungen noch weitgehend lebendig sind. Viele rohstoff- und arbeitsintensive Bereiche (NE-Metallindustrie, Eisen und Stahl, Papier und Pappe, Textil und Bekleidung) haben noch heute effektive Zollraten von 20–30 %.

Um der weltwirtschaftlichen Verantwortung der Bundesrepublik gerecht zu werden, schlägt die Kommission einen Liberalisierungsfahrplan vor, in dem z. B. zehn Jahre im voraus festgelegt wird, daß innerhalb dieser Zeitspanne alle nominellen und effektiven Importbeschränkungen abgebaut und nach Fristablauf keine Subventionsleistungen mehr an Unternehmen und Branchen gezahlt werden. Investitionsprämien bzw. Umschulungsprämien für umstellungswillige Unternehmer und Arbeitnehmer sollten die rechtzeitige Modernisierung der Wirtschaftsstrukturen unterstützen.

⁶⁾ Vgl. dazu u. a.: Investitionsrücklage nach schwedischem Muster? in: WIRTSCHAFTSDIENST, 55. Jg. (1975), H. 12, S. 602 ff.

Es sollte weiter versucht werden, einen gewissen Anteil der Erhaltungs- und Anpassungssubventionen in Produktivitätshilfen (Ziel: „Gestaltung“) umzuwandeln.

Bezüglich des Zieles „Gestaltung“ (Zukunftssicherung) wird vorgeschlagen, diesen Bereich in Unterziele zu zergliedern und durch fortschreibungsfähige Kriterienkataloge zu operationalisieren. Folgende Unterziele nennt die Kommission:

- Aufspüren von Marktnischen und technologischen Lücken;
- Förderung von Basistechnologien, die in mehreren Bereichen innovativ wirken;
- Förderung energie- und rohstoffsparender sowie umweltfreundlicher Technologien;
- Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte;
- Entwicklung von Dienstleistungstechniken;
- Förderung von Spezialisierungspotentialen in zukunftsgefährdeten Bereichen.

Um eine aktive Strukturpolitik schrittweise erarbeiten zu können, empfiehlt die Kommission die Einsetzung eines aus Wissenschaftlern bestehenden Sachverständigenrates für Strukturfragen.

Weiter fordert sie eine Verbesserung der Strukturstatistik bezüglich

- Erweiterung der Industriestatistik und Koordination der Industriestatistik mit der Außenhandelsstatistik;
- Ausbau der Beschäftigten- und Arbeitsplatzstatistik;
- Ausweitung der Statistik über den tertiären Sektor;
- Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen und
- Aufgliederung der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland.

Das Gebiet der Strukturprognose liegt besonders im argen. Deshalb schlägt die Kommission vor, für Aufgaben der Strukturprognose wenigstens einen Teil der Mittel aufzuwenden, die heute für Konjunkturprognosen verwendet werden. Die Entwicklung eines langfristigen, sektoralen Prognosemodells, so wie es für die japanische Wirtschaft existiert und benutzt und für die US-Wirtschaft entwickelt wird (auf privatwirtschaftlicher Ebene bereits existiert und guten Absatz bei der Großindustrie und verschiedenen europäischen Regierungen findet), gehört zu den vordringlichen Aufgaben der Strukturpolitik.

Da die Kommission nicht ausschließt, daß es – selbst bei Befolgen ihrer wachstumspolitischen Vorschläge – eine längerdauernde Restarbeitslosigkeit geben kann, sie es andererseits aber ab-

lehnt – wie international üblich –, das Ziel der Vollbeschäftigung zu relativieren, votiert sie in einem solchen Fall dafür, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf eine größere Anzahl Erwerbstätiger umzuverteilen. Allerdings lehnt sie „wegen der hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Tarifautonomie“ eine Vollbeschäftigungsgarantie und ein absolutes Recht auf Arbeit ab.

Bewertung der Kommissionsvorschläge

Insgesamt weisen die wachstumspolitischen Vorschläge der Kommission in die richtige Richtung. Allerdings bedarf die Strategie noch der genaueren Ausformung, so z. B. bei der Setzung des wachstumspolitischen Zielwertes, der Definition „qualitativen Wachstums“, dem finanzwirtschaftlichen Teil (Staatsquote) und vor allem bei der Ausgestaltung der strukturpolitischen Konzeption. Vermißt wird ein Eingehen auf internationale Probleme (Neue Weltwirtschaftsordnung, Seerechtskonferenz, EG), was bei dem hohen Maß an weltwirtschaftlicher Verflechtung der Bundesrepublik schwer verständlich ist.

Unterschätzt werden auch die ökologischen Gefahren im weitesten Sinne, die sich durch eine wieder forcierte Wachstumskonzeption ergeben können. Man denke z. B. an mögliche Folgen zahlreicher Kernenergiestandorte in der Bundesrepublik, Westeuropa und auf der gesamten Welt oder an die Tatsache, daß seit einigen Jahren die Lebenserwartung der männlichen Bevölkerung in der Bundesrepublik sinkt, was mit hoher Wahrscheinlichkeit auf negative Umweltfaktoren und gesundheitsschädigende Verhaltensweisen der Bürger, die teilweise durch unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem indirekt hervorgerufen oder gefördert werden, zurückzuführen ist⁷⁾. Hätte das Ziel qualitativen Wachstums noch den gleichen politischen Stellenwert wie Anfang der 70er Jahre, so hätte die Kommission zunächst Strukturziele vorgeben müssen und erst danach eine globale Wachstumsrate als Zielwert setzen dürfen.

Auch die Verknüpfung der einzelnen strukturpolitischen Teilgebiete wie Forschungs- und Technologie-, Raumordnungs- und Umweltpolitik mit der sektoralen Strukturpolitik kommt zu kurz.

Kompromißhafte Formulierungen und nicht überall hinreichend klare Empfehlungen haben sicher dazu beigetragen, Außenstehende häufig rätseln zu lassen, was eigentlich gemeint ist. Darauf ist es u. a. auch zurückzuführen, daß viele der wirtschaftspolitischen Vorschläge in der Presse stark verzerrt wiedergegeben worden sind.

⁷⁾ Unsere Gesundheit wird vorwiegend durch wenige chronische Krankheiten bedroht, wie Herz-Kreislauf-Krankheiten, bösartige Neubildungen (Krebs), Krankheiten der Atemwege und des Verdauungsapparates, Leberkrankheiten sowie Diabetes.